



BERENBERG

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Volkswirtschaft, 05.09.2022

Makroausblick 2022

Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | **Sep** | Okt | Nov | Dez



Wichtige Informationen und Hinweise



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei diesem Dokument und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebenen Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Frühere Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung.

Datum: 05.09.2022

- **Konjunktur und Wachstum:** Der Russland-Ukraine-Krieg und die damit einhergehende Energiekrise dominieren den Konjunkturausblick. Der Krieg drückt auf die Stimmung von Verbrauchern und Investoren. Er tritt zu der anhaltend hohen Inflation und den Lieferengpässen hinzu und verschärft diese. Die Sanktionen erweisen sich dabei als zweischneidiges Schwert, weil sie in Europa zu einer Energiekrise führen. Auch wenn die Pandemie dank der Omikron-Variante hierzulande ihren Schrecken verliert, tragen die harten Corona-Maßnahmen der chinesischen Regierung immer noch zu den globalen Lieferengpässen bei. Insgesamt bleibt Corona damit ein Belastungsfaktor für die Weltwirtschaft. Für die Eurozone, Großbritannien und die USA erwarten wir eine Rezession.
- **Inflation:** Der Preisauftrieb hält an. Der Russland-Ukraine-Krieg hat die Lage bei den Energiepreisen verschärft – wobei sich der Ölpreis inzwischen wieder beruhigt hat. Es kreist aber noch das Damoklesschwert eines dauerhaften kompletten russischen Gas-Lieferstopps über der deutschen Wirtschaft. Rohstoff- und Lebensmittelpreise sind die Haupttreiber der Inflation. Selbst nachdem die Spitze der Inflation überwunden wird, dürfte die Teuerung nicht auf das sehr niedrige Niveau der 2010er Jahre zurückkehren. Strukturelle Gründe wie die stärkere Bepreisung von CO₂-Emissionen und die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften (steigender Lohndruck) sprechen für anhaltend höhere Inflationsraten.
- **Geldpolitik:** Die aktuell hohe Inflation zwingt die Zentralbanken zur geldpolitischen Wende – trotz der negativen konjunkturellen Folgen des Krieges. Die US-Fed, die Bank of England, die Schweizer Nationalbank und schließlich auch die EZB haben die Zinswende eingeleitet. Mit 50 Basispunkten ist die erste Zinserhöhung der EZB zwar überraschend hoch ausgefallen, doch dieser Schritt kam sehr spät und insgesamt wirkt die EZB weiterhin zögerlich. Das belastet den Euro-Wechselkurs.
- **Zinsen:** Schon lange gibt es Gründe für eine Trendwende bei den Kapitalmarktzinsen. In den vergangenen Jahren haben die Zentralbanken mit ihren Anleihekäufen die Zinswende aber noch verhindert. Da sich die Währungshüter angesichts der gestiegenen Inflationsraten aus den Anleihemärkten zurückziehen, sind die Marktzinsen in diesem Jahr in die Höhe geschossen. Rezessionsängste hatten den Zinsanstieg zwischenzeitlich allerdings ausgebremst und eine Gegenbewegung eingeleitet. Nun geht es wieder aufwärts.

Bundesregierung beschließt drittes Entlastungspaket

Die Bundesregierung hat beschlossen, die Bürger angesichts horrend steigender Energiekosten höherer Nahrungsmittelpreise durch ein weiteres Maßnahmenpaket zu entlasten. Die neuen Maßnahmen sollen ein Volumen von gut 65 Milliarden Euro umfassen. Zusammen mit den beiden ersten Entlastungspaketen ergibt sich ein Gesamtvolumen von über 95 Mrd. Euro. Diese Ausgaben sollen Regierungsangaben zufolge unter Einhaltung der Regeln der deutschen Schuldenbremse gestemmt werden. Vergangene Woche – also schon vor dem neuen Entlastungspaket – hatte der Bundesrechnungshof den neuen Bundeshaushalt kritisiert, weil die „echte“ Nettokreditaufnahme verschleiert würde, denn Ausgaben der „Sondervermögen“ seien im Haushaltsentwurf nicht klar ausgewiesen.

Zu den Maßnahmen gehören im Einzelnen u.a.:

- Eine „Strompreisbremse“ für den Basisverbrauch.
- Dämpfung steigender Netzentgelte
- Die Erhöhung des CO₂-Preises um fünf Euro pro Tonne im Brennstoffemissionshandel wird um ein Jahr auf den 1. Januar 2024 verschoben.
- Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro für Rentner. Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro für Studenten/Fachschüler.
- Reform des Wohngeldes. Künftig wird das Wohngeld eine Klima- und Heizkostenkomponente enthalten.
- Das Arbeitslosengeld II und Sozialgeld werden zum 1. Januar 2023 durch ein Bürgergeld abgelöst.
- Abbau der kalten Steuerprogression.
- Erhöhung des Kindergeldes.
- Diverse Hilfen für den Unternehmenssektor.

Finanziert werden soll das Maßnahmenpaket u.a. durch die teilweise Abschöpfung von Zufallsgewinnen, die aus hohen Strompreisen resultieren. Rechtliche Aspekte einer solchen Sondersteuer bzw. –abgabe sind noch zu klären.

Wichtige Termine: 05.-11. September 2022

		Datum	Prognose	Konsens	Letzter Wert
Industrieproduktion, Juli (Vormonatsvergleich)	Deutschland	07.09., 08:00	--	-0,3 %	0,4 %
BIP, Q2 (ggü. Vorquartal, final)	Eurozone	07.09., 11:00	0,6 %	0,6 %	0,6 %
EZB-Zinsentscheidung, Hauptrefinanzierungssatz	Eurozone	08.09., 14:15	1,0 %	1,25 %	0,5 %

Eurozone

Diese Woche richten sich die Blicke der Finanzmarktakteure auf die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt. Nachdem vergangene Woche die August-Inflationsrate für die Eurozone gemeldet wurde, bleibt der Handlungsdruck für die EZB hoch: Der Preisanstieg fiel mit +9,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat so hoch aus wie nie zuvor. Die Kernrate der Inflation stieg auf 4,3 %. Das bedeutet: Selbst wenn man die besonders stark gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise außen vor lässt, liegt die Inflationsrate mehr als doppelt so hoch, wie es die EZB eigentlich anstrebt. Somit ist die große Frage: Macht die EZB einen Zinsschritt um 50 oder 75 Basispunkte?

USA

Der Arbeitsmarktbericht für den Monat August ist erneut solide ausgefallen. Außerhalb des Agrarsektors stieg die Beschäftigung um 315.000 Stellen und damit etwas stärker als erwartet. Die Arbeitslosenquote ist von 3,5 % auf 3,7 % gestiegen, liegt damit aber trotzdem weiter auf einem extrem niedrigen Niveau. Angesichts des starken Arbeitsmarktes dürfte die US-Notenbank Fed weiter entschlossen gegen die hohe Inflation vorgehen und die Zinsen weiter anheben.

Deutschland

Die Konjunktur trübt sich weiter ein. Der ZEW- und der ifo-Index sind leicht gefallen. Diese Woche liefern die Daten zur Industrieproduktion neue Anhaltspunkte, wo Deutschland im Sommer 2022 konjunkturell steht.

Die rasant gestiegenen Energiepreise und die hohen Nahrungsmittelpreise haben die Regierungskoalition veranlasst, ein neues Entlastungspaket mit einem Volumen von 65 Mrd. Euro auf den Weg zu bringen. Finanziert werden soll das Paket u.a. durch die Abschöpfung bestimmter „Zufallsgewinne“ bei Energieunternehmen.

China

Das chinesische Wirtschaftswachstum kühlt sich weiter ab. Im zweiten Quartal lag das chinesische BIP nur noch um magere 0,4 % über dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Neben den wirtschaftlichen Problemen werden mit dem zugespitzten Taiwan-Konflikt auch die Risiken deutlicher, die politisch von China ausgehen.

Abgesehen davon drohen China mittelfristig Rückschläge, weil nach den Krisen der letzten Jahre die Globalisierung absehbar ein Stück zurückgeschnitten wird. Zudem sind die Probleme in Chinas überschuldetem Immobiliensektor nicht gelöst.

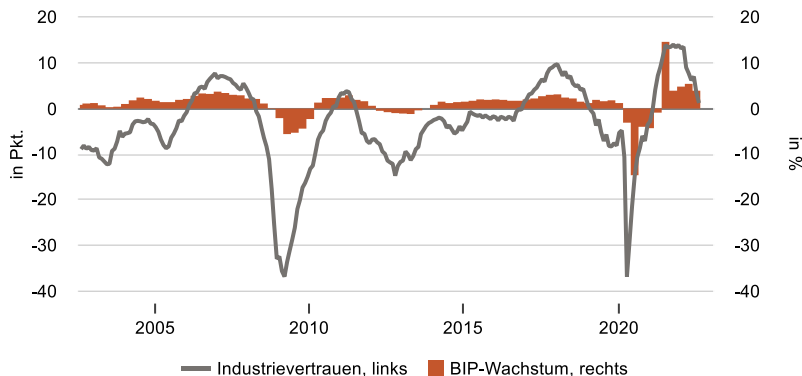
Eurozone

Konjunktur- und Preisentwicklung

Einkaufsmanagerindex fällt

- Der Einkaufsmanagerindex für die Eurozone ist im August von 49,9 auf 49,2 Punkte gesunken. Damit entfernt sich der Index weiter von der 50-Punkte-Marke, die die Schwelle von wirtschaftlicher Kontraktion zur Expansion darstellt. Das Verarbeitende Gewerbe befand sich bereits im Vormonat im kontraktiven Bereich, der Dienstleistungssektor macht einen großen Schritt in Richtung Kontraktion: Der Indexwert fiel von 51,2 Punkten im Juli auf 50,2 Punkte im August.
- Der Rückgang wurde getragen von Frankreich und Deutschland. In anderen Ländern ging es noch bergauf, wenn auch nur geringfügig.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen



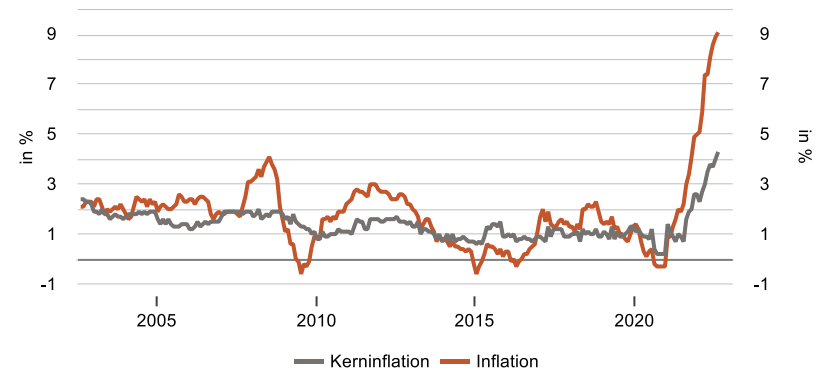
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 08/2002 – 08/2022

Die Inflation zieht weiter an

- Der Preisanstieg fiel im August mit +9,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat so hoch aus wie nie zuvor. Die Kernrate der Inflation stieg auf 4,3 %. Das bedeutet: Selbst wenn man die besonders hohen Energie- und Lebensmittelpreise außen vor lässt, liegt die Inflationsrate mehr als doppelt so hoch, wie es die EZB eigentlich anstrebt. Der Höhepunkt dürfte aber noch vor uns liegen.
- Bemerkenswert ist die Bandbreite der Inflationsraten unter den Euro-Teilnehmerländern – sie reicht von +6,5 % in Frankreich bis 25,2 % in Estland. In Frankreich machen sich staatliche Preisdeckel für Energiepreise bemerkbar. Damit werden die Kosten aber nur verschleiert bzw. auf künftige Steuerzahler verschoben.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 08/2002 – 08/2022

Deutschland

Konjunktur- und Preisentwicklung

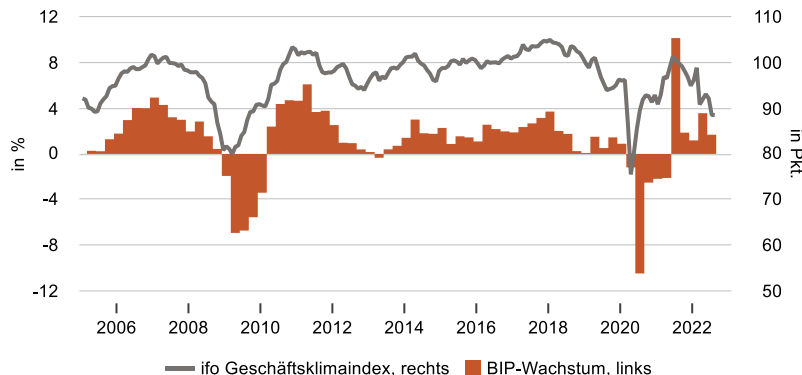


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Stimmung in der Wirtschaft trüb

- Es bleibt dabei: Die Stimmung in der Wirtschaft ist weiter schlecht und eine Rezession ist wahrscheinlich, auch wenn die BIP-Daten für das zweite Quartal von 0,0 auf +0,1 nach oben revidiert wurden.
- Der ifo-Geschäftsklimaindex ist von einem bereits niedrigen Niveau ganz leicht weiter gefallen. Von den vier betrachteten Sektoren ist die Stimmung im Handel am stärksten gesunken. Im Bau und bei den Dienstleistungen ging es leicht bergauf.
- Diese Woche Mittwoch werden die August-Daten für die Industrieproduktion veröffentlicht.

Deutsches BIP und ifo Geschäftsklima



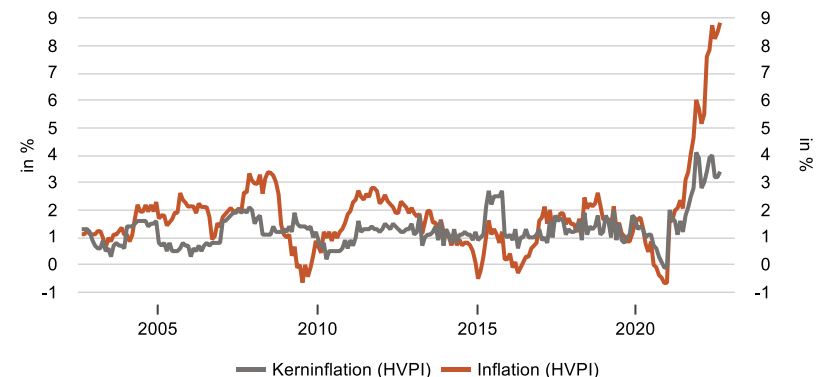
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 08/2005 – 08/2022

Die Inflationsrate steigt auch in Deutschland weiter

- Ein Ende des Preisauftriebs ist vorerst nicht in Sicht. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Inflationsrate im August von 8,5 % auf 8,8 % im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Die Haupttreiber bleiben die Energie- und Lebensmittelpreise. Doch auch die Kernrate der Inflation ist von 3,2 % auf 3,5 % gestiegen.
- Die inflationsdämpfenden Regierungsmaßnahmen (Tankrabbatt, 9-Euro-Ticket) sind zum 1. September ausgelaufen, sodass die Inflationsrate allein deshalb im September um gut einen Prozentpunkt steigen dürfte. Hinzu kommt: Die hohen Energiepreise kommen erst nach und nach bei den Verbrauchern an.

Deutschland Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 08/2001 – 08/2022

Großbritannien

Konjunktur- und Preisentwicklung

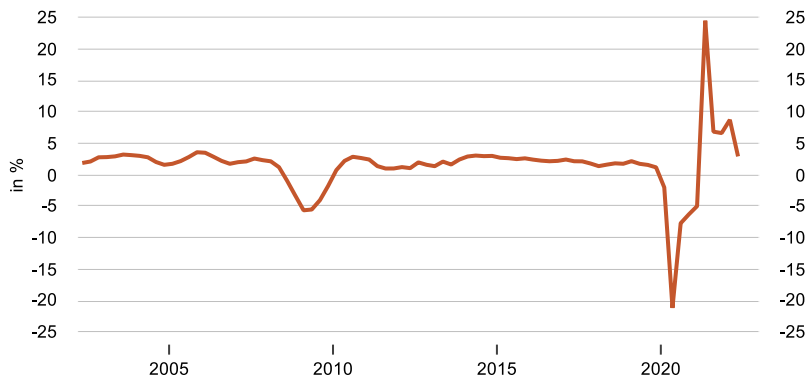


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Einkaufsmanagerindex gibt nach

- Der Einkaufsmanagerindex gab im August nach und fiel von 52,1 Punkten im Juli auf 50,9 Punkte. Besonders stark war der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe, hier fiel der Index von 52,1 auf 46,0 Punkte. Der Dienstleistungsindex sank nur ganz leicht (von 52,6 auf 52,5 Punkte).
- Die Unternehmen meldeten weiterhin Engpässe bei Betriebsmitteln und Personal. Es gab jedoch Anzeichen für nachlassenden Druck bei den Produktionskapazitäten. Die Schaffung von Arbeitsplätzen verlangsamte sich. Der Kosten- und Preisdruck bleibt sehr hoch, hat aber insgesamt etwas nachgelassen.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)



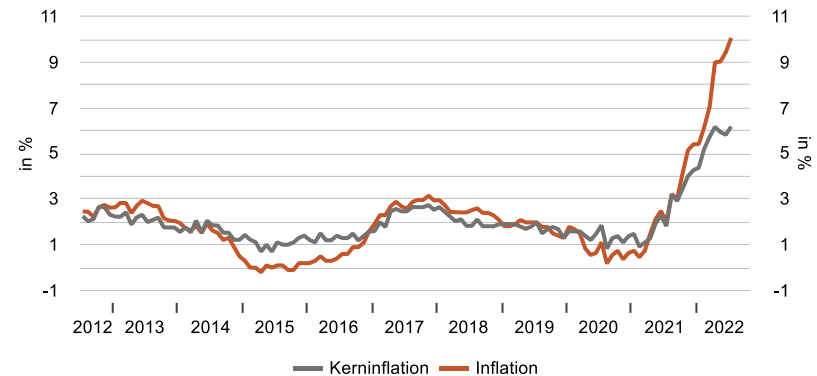
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 06/2002 – 06/2022

Inflationsrate nun zweistellig

- Die Inflationsrate ist im Juli von 9,4 % auf 10,1 % im Vorjahresvergleich gestiegen. Gegenüber dem Vormonat stiegen die Preise um 0,6 %. Auch die Kernrate der Inflation ist weiter gestiegen, von 5,8 % auf 6,2 %. Der Preisanstieg ist damit höher ausgefallen als erwartet. Er ist inzwischen so scharf wie zuletzt 1982. Dennoch ist das Ende des Preisauftriebs noch nicht erreicht. Der Inflationsdruck bleibt hoch.
- Wie wird die Bank of England reagieren? Bleibt sie bei ihren bisherigen doch eher moderaten Zinsschritten? Bis zum Jahresende erwarten wir einen Anstieg des Leitzinses von 1,75 % auf 2,50 %.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 07/2012 – 07/2022

USA

Konjunktur- und Preisentwicklung

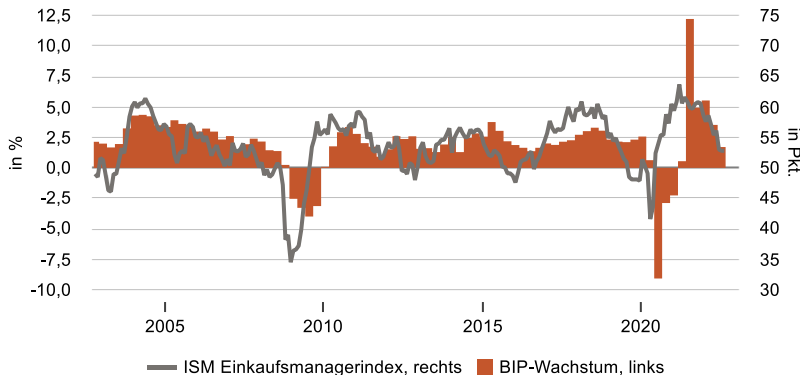


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Immobilienmarkt kühlt sich ab

- Die Nachfrage nach Wohnraum lässt nach. Die Finanzierungsbedingungen verschärfen sich rapide, die Preise sind hoch, das Angebot ist begrenzt und die Baukosten ufern zuweilen aus – dies sind erhebliche Herausforderungen für den Immobiliensektor.
- Die Einzelhandelsumsätze stagnierten im Juli. Starke Rückgänge bei den Ausgaben an Tankstellen (−1,7 % ggü. Vormonat) und für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile (−1,6 % ggü. Vormonat) wurden durch einen Umsatzsprung im stationären Einzelhandel und im Handel mit Möbeln, Baumaterialien und Gartengeräten ausgeglichen.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex



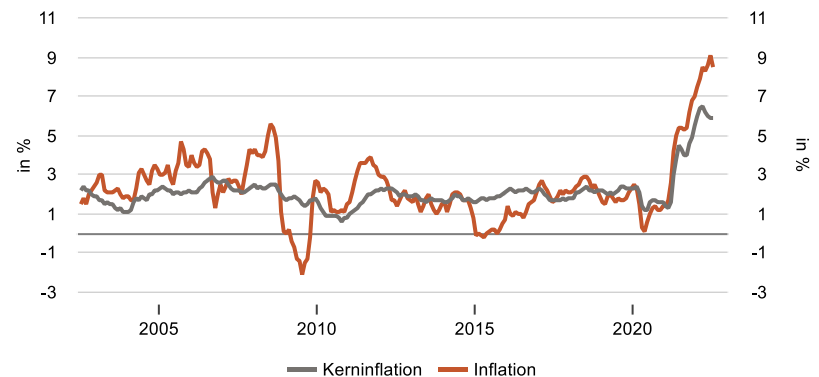
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 08/2001 – 08/2022

Solider Arbeitsmarktbericht

- Der Arbeitsmarktbericht für den Monat August ist erneut solide ausgefallen. Außerhalb des Agrarsektors stieg die Beschäftigung um 315.000 Stellen und damit etwas stärker als erwartet. Die Arbeitslosenquote ist von 3,5 % auf 3,7 % gestiegen, liegt damit aber trotzdem weiter auf einem extrem niedrigen Niveau.
- Die Wirtschaft bleibt damit vergleichsweise robust, was für eine weitere Straffung der Geldpolitik spricht. Vorletzte Woche hatte Fed-Präsident Jerome Powell auf dem Notenbanktreffen in Jackson Hole bereits signalisiert, dass die Geldpolitik weiter gestrafft würde, selbst wenn damit der Arbeitsmarkt und die Konjunktur in Mitleidenschaft gezogen werden.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



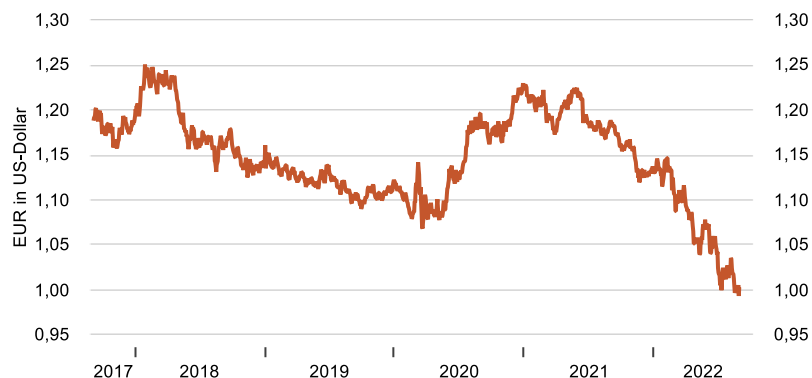
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 07/2002 – 07/2022

EZB im Fokus: 50 oder 75 Basispunkte?

- Die Inflationsraten steigen in der Eurozone weiter, sodass der Druck auf die EZB enorm hoch ist, um die Inflationserwartungen nicht entankern zu lassen. Diese Woche kommen die Währungshüter in Frankfurt zur Zinsentscheidung zusammen und die Marktbeobachter rätseln, ob die EZB einen Zinsschritt um 50 Basispunkte macht oder gar einen Schritt um 75 Basispunkte wagt. Zuletzt haben EZB-Vertreter wie Isabel Schnabel einen schärferen Ton angeschlagen.
- Wir halten einen Schritt um 50 Basispunkte auf 1,0 % für wahrscheinlicher als einen großen 75er-Schritt. Zum Jahresende sehen wir den Leitzins gleichwohl bei 2,0 %.

Wechselkurs EUR/USD



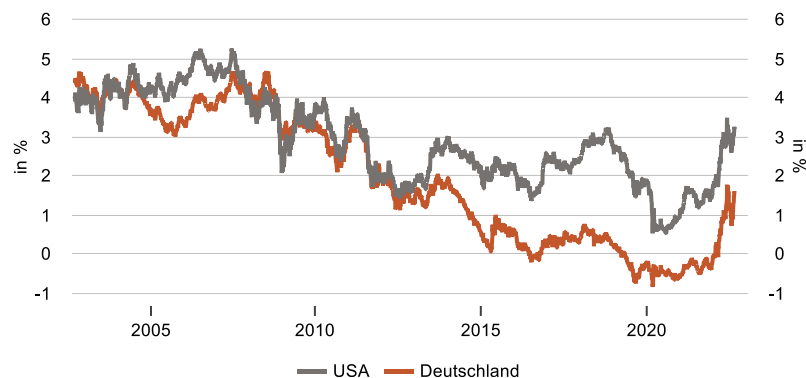
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 09/2017 – 09/2022

Der Eurokurs bleibt schwach

- Am Devisenmarkt wird der Euro schwach bewertet. Gegenüber dem US-Dollar notiert der Euro derzeit knapp unter der Parität. Die Gemengelage spricht klar gegen den Euro: Die Energiekrise, die räumliche Nähe zum Kriegsgebiet und die zögerliche EZB setzen der Gemeinschaftswährung zu. Sollte die EZB den Leitzins am Donnerstag um 0,75 Prozentpunkte anheben, könnte der Euro zumindest kurzfristig Auftrieb erhalten.
- Gegenüber dem Schweizer Franken bleibt der Euro weiter sehr schwach, notiert aber zumindest wieder über der Marke von 0,97 Franken je Euro.

Rendite 10-jähriger Staatsanleihen



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 09/2002 – 09/2022

Kapitalmarktprognosen



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

			Aktuell	Prognose	
			02.09.2022	31.12.2022	30.06.2023
Aktienmärkte	USA	S&P 500	3.924	3.900	4.100
		DAX	13.050	14.500	15.800
	Europa	EURO STOXX 50	3.544	3.800	4.000
		MSCI Großbritannien	2.093	2.200	2.350
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	2,25-2,50	3,50-3,75	3,50-3,75
		10 Jahre	3,20	3,30	3,50
	Euroland	Hauptrefinanzierungssatz	0,50	2,00	2,00
		10 Jahre*	1,58	1,50	1,80
	Großbritannien	Bank Rate	1,75	2,50	2,50
		10 Jahre	2,90	2,70	2,90
Währungen	USA	EUR/USD	0,99	1,00	1,05
	Schweiz	EUR/CHF	0,98	1,00	1,02
	Großbritannien	EUR/GBP	0,86	0,86	0,85
	Japan	EUR/JPY	140	135	142

*Bundesanleihen.



Wirtschaftliches Umfeld

	BIP					Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
	Anteil	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Welt*	100,0	5,9	2,5	0,8	2,4												
USA	24,5	5,7	1,6	-0,6	1,0	4,7	7,9	3,9	2,8	5,4	3,7	4,6	5,2	-12,8	-6,7	-5,0	-4,0
China	16,4	8,1	3,0	4,0	4,0	0,9	2,1	2,4	2,3	3,9	4,0	3,8	3,6	-5,0	-4,2	-4,0	-3,5
Japan	5,8	1,7	1,4	0,5	1,4	-0,2	2,1	1,3	0,7	2,8	2,6	2,5	2,4	-8,5	-6,5	-5,3	-4,0
Indien	3,3	8,7	8,0	6,5	6,7									-10,4	-7,0	-6,5	-6,0
Lateinamerika	5,9	6,8	2,5	1,0	2,5									-4,5	-6,0	-6,0	-4,5
Europa	24,4	5,7	1,8	-1,5	2,0												
Eurozone	15,3	5,3	2,5	-1,5	2,4	2,6	8,4	6,2	2,0	7,7	6,8	7,5	7,1	-5,1	-4,4	-5,5	-3,3
Deutschland	4,4	2,6	1,1	-1,8	2,6	3,2	8,6	6,7	1,9	3,6	3,0	3,5	3,1	-3,7	-3,5	-3,2	-1,7
Frankreich	3,1	6,8	2,1	-1,1	2,4	2,1	6,2	5,2	1,9	7,9	7,3	8,0	7,3	-6,5	-5,2	-6,0	-3,0
Italien	2,3	6,6	2,9	-1,7	1,5	1,9	7,9	6,0	1,8	9,5	8,1	8,7	8,0	-7,2	-5,7	-6,4	-3,0
Spanien	1,6	5,1	4,2	-0,6	2,4	3,0	9,3	4,8	2,0	14,8	12,8	13,4	12,7	-6,9	-5,6	-5,4	-3,0
Portugal	0,3	4,9	6,2	-1,0	2,3	0,9	8,0	5,4	2,0	6,6	5,9	6,5	6,3	-2,8	-2,8	-3,4	-1,5
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3,2	7,4	3,0	-1,5	2,0	2,6	9,6	7,6	1,8	4,5	4,0	5,1	5,1	-9,0	-3,5	-3,0	-2,4
Schweiz	0,8	3,7	1,8	-0,8	1,5	0,6	3,0	2,0	0,9	3,0	2,3	2,6	2,0	-1,9	-0,7	-1,3	-0,4
Schweden	0,6	4,9	2,0	-1,0	2,2	2,2	6,5	4,0	2,0	8,8	7,5	8,3	7,5	-1,0	-2,5	-3,0	-1,0
Osteuropa																	
Russland	1,9	4,7	-8,0	-4,0	-1,0	6,6	25,0	15,0	6,0	4,8	4,0	5,0	5,5	0,7	-7,0	-8,0	-10,0
Türkei	0,9	11,2	4,0	1,0	2,5	19,6	70,0	40,0	20,0	12,0	11,0	10,0	9,0	-3,5	-6,1	-5,5	-6,0

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

* Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen

Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2020